

---

**5201/J XXIV. GP**

---

Eingelangt am 28.04.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

## Anfrage

Der Abgeordneten Andrea Gessl-Ranftl

Und Kolleginnen und Kollegen

### **An den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend CO<sub>2</sub> - Steuer.**

Ich nehme Bezug auf die Fragestunde vom 22. April diesen Jahres, in der ich Sie mit der Problematik einer Einführung einer CO<sub>2</sub> Steuer konfrontierte und Sie auf die voestalpine Donawitz, ein europaweit zu den saubersten Umweltbilanzen zählendes Hüttenwerk, welches ihren CO<sub>2</sub> Ausstoß bei der Stahlproduktion beinahe an die Grenze des technisch Machbaren gesenkt und den Höchststand an Belastungen erreicht hat, ansprach. Ihre damalige Antwort, dass Sie im ständigen Kontakt mit der voestalpine stünden, stellte weder mich noch die Betroffenen zufrieden.

Doch nicht nur die Stahlindustrie auch andere Betriebe speziell jene, die besonders energieintensiv produzieren müssen, können keine weiteren Kosten verkraften.

Eine zusätzliche Steuer würde bedeuten, dass Betriebe geschlossen bzw. in Billigländer abwandern würden. Die dadurch steigende Arbeitslosigkeit wäre nicht nur für den Bezirk Leoben sondern für ganz Österreich katastrophal.

Dass unsere Umwelt für unsere Nachwelt geschützt gehört, ist

selbstverständlich, doch darf dies nicht zu Lasten der Betriebe bzw. der ArbeitnehmerInnen gehen. Denn die Einführung der CO<sub>2</sub> Steuer sehe ich nur als Mittel zum Zweck das Budgetloch zu stopfen.

**Aufgrund dieser Problematik ergibt sich für die Unterfertigten folgende**

**Anfrage:**

1. Wie sehen ihre Kontakte zur voestalpine Donawitz aus?
2. Erhält diese auch Hilfestellungen oder werden nur immer höhere Anforderungen gestellt?
3. Wie wollen Sie die betroffenen Betriebe entlasten, wenn laut Wirtschaftsminister Mitterlehner eine Entlastung der Lohnnebenkosten ausgeschlossen ist?
4. Welche Maßnahmen wollen Sie zur Entlastung des Faktors Arbeit schlussendlich setzen?
5. Wie rechtfertigen Sie sich dann bei jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Betrieb wegen der Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer schlussendlich in ein Billigland abwandert bzw. schließt?
6. Wie wollen Sie dieser bevorstehenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten?